

E 5604

Bund der  
Strafvollzugsbediensteten  
Deutschlands (BSBD)

Fachzeitschrift  
für die Bediensteten des  
Justizvollzugs

# DER VOLLZUGS- DIENST



„Reparaturbetrieb Justizvollzug“

Lesen Sie im Fachteil:

BSBD-Symposium in Haren/Niedersachsen

3

Juni 2007

anderem natürlich auch für die aktive Teilnahme an der Großveranstaltung in Meppen am 20. April 2007 geworben.

Höhepunkt der Versammlung war die Ehrung für 25-jährige Verbandsmitgliedschaft der drei Kollegen:

Jürgen Frank, Walter Leuchtenberger (beide in der Aussenanstalt Goslar tätig) und Martin Berger (Hauptanstalt WF).

Den drei Amtsinspektoren wurden neben einem Präsentkorb auch die Ehrenurkunden und silbernen VNSB-Anstecknadeln verliehen.

Viele Mitglieder haben sich noch längere Zeit nach Beendigung der offiziellen Sitzung angeregt miteinander unterhalten, und die Veranstaltung endete mit einem gemütlichen Beisammensein.

### Der Vorstand informiert

## Ortsverbandübergreifende Zusammenarbeit klappt wunderbar

Die beiden Ortsverbände, VNSB Ortsverband Braunschweig und der selbstständige VNSB Ortsverband Burgdorf, eine Abteilung der JVA Braunschweig, konnten erstmalig gemeinsam eine Auszeichnung



an ein verdientes Mitglied überreichen. Geehrt wurde für seine 25-jährige Mitgliedschaft im Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter der Kollege Gisbert Leifer.

1982 trat der Kollege dem Ortsverband Braunschweig in der Hauptanstalt bei. Sein beruflicher Werdegang führte ihn über die Abteilung Gifhorn und später die Abteilung Burgdorf, wo er seit kurzem die Leitung der Vollzugsgeschäftsstelle übernommen hat.

Kollege Leifer blieb seinem Ortsverband Braunschweig über die ganze Zeit treu.

Zuletzt nahm er zusammen mit seiner Ehefrau an einer Tagesreise des Ortsverbands Braunschweig nach Papenburg zur Meyer-Werft teil.

Stellvertretend für den verhinderten Ortsverbandsvorsitzenden Carsten Kütter aus Braunschweig überbrachten der Ortsverbandsvorsitzende aus der Abteilung Burgdorf Herr Uwe Ufferfilge und der ehemalige 2. Vorsitzende des VNSB Ortsverband Braunschweig Herr Andreas Habenstein die besten Glückwünsche sowie eine Ehrenurkunde mit Kuvert.

*Andreas Habenstein*

## | Nordrhein-Westfalen |

„Das aktuelle Thema“ von Wilhelm Bokermann

## NRW-CDU und FDP ist der öffentliche Dienst zu teuer

Beteiligungsrechte der Personalvertretungen werden reduziert!



**A**ls die CDU-FDP geführte nordrhein-westfälische Landesregierung Ende Oktober 2006 das „Eckpunktepapier zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes NRW“ vorstellte, wollte und konnte so mancher Personalvertreter (noch) nicht glauben, dass so etwas Wirklichkeit werden könnte. Doch spätestens bei der kurze Zeit danach durch die Landesregierung erfolgten Vorstellung des Personaleinsatzmanagements – kurz PEM genannt – schrillten bei Gewerkschaftern und Personalvertretungen die Alarmglocken. Schließlich verbirgt sich hinter dem so harmlos klingenden Begriff doch nichts anderes als ein Instrument zur Beschleunigung des angestrebten Personalabbaus.

Den Regierungskoalitionären ging und geht es um pauschale Einsparungen und den beschleunigten Abbau von rd. 12.000 Stellen in der Landesverwaltung. Bei der Realisierung dieses politischen Zieles könnte sich das geltende Personalvertretungsrecht als erheblicher Störfaktor erweisen. Die Tragweite des Regierungshandelns war dem **dbb** schnell klar. Die gewerkschaftliche Dachorganisation unterbreitet zielgerichtete Gegenvorstellungen und organisierte den Widerstand. Mit lautstarken Protesten und machtvollen Demonstrationen sollte die Politik zu Beginn des Jahres zum Einlenken veranlasst werden.

Als am 28. Februar 2007 die Gesetzesbe-

gründung für die angestrebte Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes vorlag, wurde auch dem letzten Zweifler klar, wohin die Reise gehen soll. **Erklärtes Ziel der Landesregierung war und ist es, unter dem Vorwand der Verwaltungsmodernisierung bisher mitbestimmungspflichtige und mitwirkungspflichtige Personalentscheidungen ohne die lästigen Personalvertretungen über die Köpfe betroffenen Kolleginnen und Kollegen hinweg umsetzen zu können.** Dabei war es den politischen Machern auch nicht peinlich, eine Angleichung des modernen und zugleich bewährten Landespersonalvertretungsgesetzes NRW an das seit mehr als 30 Jahren (sic!) nahezu un-

veränderte Bundespersonalvertretungsrecht als Innovation und Weiterentwicklung zu feiern. Dies ist kein Fortschritt, sondern Rückschritt auf der ganzen Linie! Und um die Unglaubwürdigkeit der eigenen, mehr als fragwürdigen Argumentationslinie noch zu erhöhen, wurde schließlich zudem die Föderalismusreform bemüht, die angeblich eine Anpassung der Landes- an die Bundesregelungen erforderlich mache.

**Auf den Punkt gebracht:** Die Landesregierung will das, was sie unter Modernisierung versteht, ohne die störenden Personalräte „über die Bühne bringen“. Im Kern will sie durch die angestrebte Gesetzesänderung

- die massive Einschränkung der Beteiligungsrechte, insbesondere bei der Mitbestimmung,
- die deutliche Verschlechterung bei den Freistellungen, wovon besonders schmerzhaft Dienststellen mit bis zu 300 Beschäftigten betroffen sind,
- den Wegfall der Erörterungen zwischen Personalrat und Dienststelle nach vorausgegangener Ablehnung von Vorlagen



**und eine weitere Einschränkung der Befugnisse der Einigungsstelle.**

Da hilft es wenig, wenn CDU-Vertreter „in ihrer Not“ erklärten, der Kern der Mitbestimmung bleibe doch erhalten.

Ganz wirkungslos blieben die Proteste des **dbb** allerdings nicht. Landesinnenminister **Dr. Ingo Wolf**, von der „Rheinischen Post“ in der Ausgabe vom 16. Februar 2007 als „Minister fürs Grobe“ tituliert, erhielt Arbeits- und Sozialminister **Karl-Josef Laumann**, der auch als Bundesvorsitzender der CDU-Arbeitnehmerschaft CDA fungiert, als eine Art Korrektiv „zugeordnet“. Auch der Arbeitnehmerflügel der CDU vertrat die Auffassung, dass das Bundespersonalvertretungsrecht, welches jetzt als Vorbild in NRW gehandelt wird, nicht mehr zeitgemäß sei. Das aber wusste der kleine Koalitionspartner FDP besser. In dem Papier der FDP-Landtagsfraktion „Zur Sache Nr. 9“ vom 15. April 2007 erklärte die „Partei der Global Player“

die vermeintliche Notwendigkeit der Anpassung des Personalvertretungsrechts – sprich erhebliche Beschneidung der bisherigen Rechte – mit den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (!). In einem schon zynisch anmutenden Versuch stellte die FDP die neuen Kompetenzen auf dem Gebiet des Personalvertretungsrechts besonders heraus. Spätestens ab diesem Zeitpunkt war wohl auch dem letzten Personalvertreter klar, wer Veranstalter „dieses Reiseunternehmens“ ist.

In einer gemeinsamen Presseerklärung von **dbb** und DGB vom 28. März 2007 wurden die Art und Weise der angestrebten Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes durch den Innenminister als „Kultur des Misstrauens“ bewertet. Dessen ungeachtet macht(e) die Politik weiter. **Am 3. Mai 2007 erfolgte die erste Lesung des „Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsrechts“**. Der vorläufige Schlusspunkt des gewerkschaftlichen Protests erfolgte anlässlich

der **Personalrätekonferenz des dbb am 30. Mai 2007 in Düsseldorf**, an der auch zahlreiche Personalvertreter des **BSBD** teilnahmen. Die Botschaft lautete: **Wir können und wir wollen nicht hinnehmen, dass von den zurzeit 90 Mitbestimmungstatbeständen 39 gestrichen werden sollen.**

In der Praxis bedeutet das, dass im Bereich der personellen Maßnahmen die Mitbestimmungsrechte z.B. bei Verlängerung der Probezeit, Nebenabreden zum Arbeitsvertrag, Anstellung von Beamten, Befristung von Arbeitsverträgen, **Privatisierungen**, Kündigungen, Entlassung eines Beamten auf Probe und Umsetzungen innerhalb der Dienststelle abgeschafft werden. Daneben werden auch Teile der Mitwirkung, z.B. bei der Personalplanung und bei der Anhörung, bei Abmahnungen und Aufhebungsverträgen gestrichen.

Mit deutlicher Verbitterung erklärte nach dem Ende dieser Veranstaltung einer der Teilnehmer: „Ich habe CDU gewählt, weil Veränderung in NRW notwendig war und ist. Ich habe aber nicht den sozialen Rückschritt und die Amputation von Beteiligungsrechten wählen wollen. Noch ist es Zeit, bis zur 2. Lesung des Gesetzes notwendige Korrekturen im Sinne der öffentlich Beschäftigten dieses Landes vorzunehmen, damit die Mitbestimmung von Dienststellenleitung und Personalvertretung auf Augenhöhe gestaltet werden kann“. Er fand mit dieser Meinung viel Zustimmung bei seinen Kolleginnen und Kollegen.

**Wie hatte der dbb-Bundesvorsitzende Peter Heesen doch kürzlich erst formuliert: „Dass die Mitbestimmung des Personals wesentlich zum Funktionieren und Erfolg ... einer Dienststelle beiträgt, darf nicht aus dem Blick geraten“. Bleibt zu hoffen, dass die CDU-Fraktion und mit ihr Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers die Tragweite ihrer – noch korrigierbaren – Entscheidung auch wirklich begriffen haben.**

**Glosse**

**Tach auch**

Justus V. Anonymus

Na, liebe Kollegen, wie isset? Ich hab mir die Tarje die Bilder vonne Je-Acht-Jipfel inne Flimmerkiste anjesehen. Junge, Junge, da jeht et ja jans schön zur Sache. Zuerst hat sich die Presse dat Maul zerissen wejen der janzen Sicherheitsmaßnahmen, Demonstrationsauflagen und dem Sicherheitszaun, von wegen „Polizeistaat“, und jetzt kann der Zaun nich hoch jenuch sein wejen der janzen Chaoten da unten. Alle wollen se de Welt retten, die einen durch Politik, die anderen durch Naivität un die dritten durch Steinewerfen, selbstverständlich unter Wahrung der Würde des Menschen.



Hauptsache, wir wissen ja, wer Schuld an allem ist: Als erster de Schorsch Dabeljuuh Busch mit seine Amis, als zweites de Wladimir Putin un der Russe an sich, un als drittes alle Europäer. Wir alle unterdrücken nämlich die armen Länder der Dritten Welt und beuten sie aus. Die sitzen jetzt an unsere Schwelle und wollen ein paar Brotkrumen ab, die

**Je-Acht-Jipfel**

von unsere jut jedeckte Tafel runterfallen, un deshalb heißen die Schwellenländer. Hauptsache, wir fühlen uns schuldig an de Armut inne Welt, an der Klimakatastrophe, an der Unterdrückung der Armen durch die Reichen un dat janse Jlobalisierungsjedöns. Dat bisschen Korruption, Diktatur und Gewalt inne Dritte Welt spielt eijentlich kei-

ne große Rolle. Dat machen die nur, weil die so arm sind. Wenn die soviel Knete hätten wie wir, dann säßen die jetzt auch schön auffe Terasse, würden sich an einem kühlen Bierken verjnügen und inne Tarjesschau sehen, wie sich die Bekloppten in Heilijendamm für mehr Je-rechtigkeit prügeln.

Eins sollte man dabei bedenken: Die Steinewerfer von heute könnten unsere Politiker von morgen sein, so wie dat ja schon mal war. Deshalb sollte man ein bisschen nachsichtig mit den armen Steinewerfern sein. Die tun ja auch nur ihre Pflicht.

Un unsere Kollegen vonne Polizei haben im Schnitt 250 Überstunden jemacht. Nicht wenige wurden verletzt. Aber dat sin alles nur Kollateralschäden, wenn man die Welt retten will.

So, dat wollt ich nur mal jesacht haben. Tschöckes bis bald  
Euer Justus V. Anonymus

Zweites Fachseminar „Werkdienst im Brandenburger Justizvollzug“:

## Verzicht auf „Werkdienst“ führt direkt vom Holzweg in die Sackgasse

In Brandenburg führt die Laufbahn des Werkdienstes zunehmend ein eher stiefmütterliches Dasein. Wenn es um die Ausbildung von Gefangenen geht, verlässt sich die Landesregierung offensichtlich lieber auf die Angebote privater Träger. Den Werkdienst jedenfalls leistet man sich vorrangig für Hausmeistertätigkeiten. Die Initiatoren des Fachseminars mochten sich folglich in ihrer Bedrängnis gedacht haben: Ein Blick über den eigenen ‚Tellerrand‘ kann nicht schaden. Jedenfalls nahm an dem Fachseminar auf Einladung des stellvertretenden brandenburgischen BSBD-Landesvorsitzenden Günter Krebs eine Delegation aus Nordrhein-Westfalen teil, um in einen intensiven Meinungsaustausch über Möglichkeiten, Grenzen und Chancen einer fachspezifischen Gewerkschaftsarbeit einzutreten.

Die nordrhein-westfälische Delegation leiteten **Jörg Winkens** (Heinsberg) und Dieter Sturhahn (Herford) in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des **BSBD**-Arbeitskreises „Technischer Dienst“. Das am 30. Mai 2007 in der JVA Wriezen veranstaltete Seminar bot den Gewerkschaftern aus Nordrhein-Westfalen tiefe und erkenntnisreiche Einblicke in die Gestaltungsprinzipien des brandenburgischen Strafvollzuges. Mit besonderer Aufmerksamkeit nahm die NRW-Delegation die Informationen zur statusrechtlichen Stellung und zu den Einsatzbereichen des Werkdienstes in Brandenburg zur Kenntnis. Der Blick über den Tellerrand des eigenen Wirkungsbereiches war auch in diesem Fall lehrreich und informativ.

Gastgeber **Günter Krebs**, der im Werkdienst der Jugendanstalt Wriezen tätig ist, hat bereits mehrfach an Tagungen des Arbeitskreises „Technischer Vollzugsdienst“ des **BSBD** NRW teilgenommen, um die Arbeits- und Aufgabenfelder des Werkdienstes in einem anderen Bundesland genauer kennen zu lernen und so Anregungen für den Fachbereich „Werkdienst“ mit „nach Hause“ zu nehmen.

### Zielsetzungen des Seminars

Zunächst wurden Gemeinsamkeiten der Laufbahn des Werkdienstes auf der Basis länderspezifischer Aspekte und Vorgaben



Touristisch hat das Oderbruch einiges zu bieten. Im Bild von links: Günter Krebs, Willi Köbke, Hans Vögeding, Dieter Sturhahn, Reinhold Lenz und Jörg Winkens.

abgeglichen sowie Problemfelder thematisiert. Alsdann galt es, Mechanismen aufzuzeigen oder aber zu entwickeln, um den Herausforderungen bzw. umstrittenen

Entscheidungen durch den Dienstherrn sachgemäß und zugleich mit der Aussicht auf Erfolg entgegen wirken zu können.

Dass hier nicht „Blinde über die Farbe“ diskutieren wollten, beweist allein der Teilnehmerkreis. Alle Vollzugsanstalten des Landes Brandenburg hatten ihre Werkdienstleiter oder deren Vertreter zu der Veranstaltung entsandt. Aus Cottbus, Wulkow, Frankfurt/Oder, Duben-Luckau, Brandenburg und Wriezen waren die Laufbahnangehörigen angereist, um Handlungsalternativen für eine wirksame und erfolgsorientierte Interessenvertretung zu diskutieren. Neben **Günter Krebs**, in dessen Händen Organisation und Tagungsleitung lagen, war auch der stv. **BSBD**-Landesvorsitzende **Burghard Neuman** (Brandenburg) mit „an Bord“. Abgerundet wurde der Kreis fachkompetenter Diskutanten durch die Teilnahme des Kollegen **Hans Vögeding** (Herford). Letzterer ist dort als Leiter des allgemeinen Vollzugsdienstes mit Führungsaufgaben betraut. Ihm fiel die Aufgabe zu, die Belange der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes, konkret des so genannten Werkdienstes, in der Debatte zu vertreten. Als Initiator eines regelmäßigen Meinungsaustausches über die Landesverbandsgrenzen hinweg war **Wilhelm Bo-**



Die Jugendanstalt Wriezen ist ein weitläufiger Zweckbau, der über eine weitgehend optimale Infrastruktur für die Gestaltung eines erzieherisch ausgestalteten Jugendvollzuges verfügt.



Berufsausbildung „Bau“ in der JA Wriezen.

**kermann** vor Ort und ließ es sich nicht nehmen, die Entwicklung seiner Initiative zu begleiten.

### Bestandsaufnahme

In einem ersten Schritt stellten die brandenburgischen Kollegen ihre Vollzugseinrichtungen aus dem Blickwinkel des Werkdienstes vor. Dies geschah in bemerkenswerter Offenheit – wohl ein Verdienst des unermüdlich agierenden Kollegen **Günter Krebs**. Man hat seitens der betroffenen Kollegen inzwischen verinnerlicht, dass der ins Haus stehende Kampf um den Erhalt des Werkdienstes von keiner Anstalt mehr allein zu gewinnen ist. „Die Demontage des Werkdienstes erfolgt still und heimlich, und die Verantwortlichen im Vollzuge – leider auch einige unserer Anstaltsleiter – schauen zu. Ob die wohl ernsthaft glauben, dass es mit Privaten besser und billiger geht?“, formulierte ein Teilnehmer die aktuelle Problemlage.



Hauptgebäude der JVA Brandenburg.

Die Kollegen aus NRW konnten insoweit klärend beisteuern, dass für den Ausbildungsbereich der jungen Gefangenen angestellte Vergleichsberechnungen mit den Kosten kirchlicher oder gewerkschaftlicher Träger ergeben haben, dass die insoweit erzielten Leistungen mit Kräften des Werkdienstes erheblich kostengünstiger zu haben (gewesen) wären. Kollege **Burghard Neumann** brachte es auf den Punkt: „Das Spardiktat des brandenburgischen Finanzministers macht offensichtlich auch nicht vor einer tragenden Säule des Behandlungsvollzuges – hier dem Werkdienst – Halt. Dass gespart werden muss, ist auch für uns keine Frage. **Dabei wird seitens der politischen Verantwortungsträger aber total verkannt, dass zusätzlich zu dem volkswirtschaftlich und fiskalisch erzielbaren Nutzen durch eine sinnvolle Beschäftigung der einsitzenden Klientel in Eigen- und Unternehmerbetrieben auch deren berufliche Wiedereingliederung Dank der besonderen Qualifikation der Kolleginnen und**



Das anstaltseigene Museum zeichnet die wechselvolle Geschichte der Vollzugseinrichtung nach.

**Kollegen des Werkdienstes im erheblichen Maße gefördert wird. Nicht zuletzt durch die berufliche Anleitung, Förderung und Betreuung der Gefangenen bleiben unsere Vollzugsanstalten einigermassen beherrschbar.** Das ist spätestens immer dann deutlich geworden, wenn die Belegung mal wieder angestiegen ist. Künftig werden wir in Ermangelung eines dann kaum noch funktionsfähigen Werkdienstes Probleme haben, solch absehbare Belegungsschwankungen angemessen meistern zu können“.

Im Verlauf der weiteren Diskussion wurde allerdings auch deutlich, dass die Problemfelder des brandenburgischen Werkdienstes sowohl in der Aufstellung im Bereich der beruflichen Bildung als auch in der unterschiedlichen Qualifikation der Kolleginnen und Kollegen liegen. Letzteres hat seine Ursache offenbar in den unterschiedlichen beruflichen Bildungssystemen der vormaligen DDR und der Bundesrepublik. So verfügt der Werkdienst in

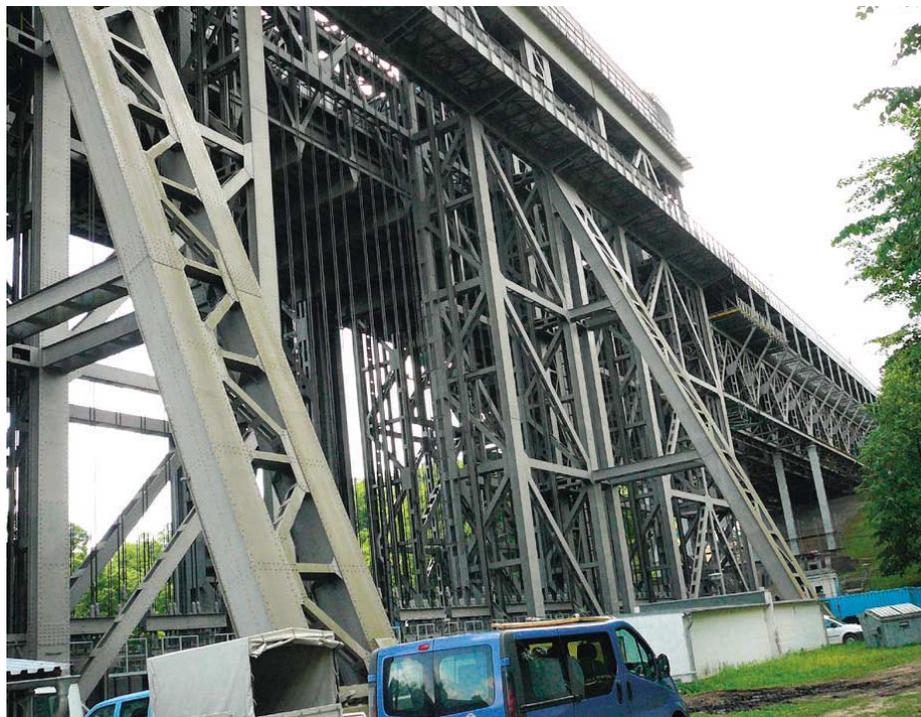
Brandenburg noch immer über eine nicht geringe Zahl an Ingenieuren! Aus der Sicht des Werkdienstes in NRW ein Novum. Dem stehen wiederum Fachkräfte gegenüber, die auch heute noch über keine Ausbildungsbefähigung verfügen. Hier hätte mit etwas gutem Willen seitens der politischen Verantwortlichen allerdings längst eine Lösung sowohl im Sinne der insoweit Betroffenen als auch der zu betreuenden Klientel getroffen werden können.

Kollege **Jörg Winkens** stellte überzeugend fest: „In beiden Ländern wird das ureigentliche Tätigkeitsfeld des Werkdienstes, nämlich die berufliche Qualifizierung der zu betreuenden Klientel – bis hin zur Berufsausbildung, lieber privaten Trägern überlassen, obwohl diese nachweislich teurer sind. Und dies nur, um einer aus meiner Sicht fragwürdigen politischen Zielsetzung gerecht zu werden, nämlich Personal sowohl im sicherheitsrelevanten als auch im erzieherischen Bereich abzubauen. Will man damit am Ende gar Lobbyisten bedienen?“ Er konnte sich des Beifalls aller Anwesenden für diese freimütige Feststellung sicher sein.

Zusammenfassend haben die Seminar Teilnehmer als gravierendes Problem ihrer dienstlichen Tätigkeit nicht nur die mangelnde Unterstützung, sondern schlimmer noch, die fehlende Akzeptanz durch den Dienstherrn dargestellt. **Dieser Vertrauensverlust sollte durch geeignete Maßnahmen von Seiten der Politik als bald ausgeglichen werden, soll der Strafvollzug nicht auf Dauer irreparablen Schaden nehmen.**

### Lösungsansätze

Die Kollegen **Jörg Winkens** und **Dieter Sturhahn** berichteten den brandenburgischen Kollegen von ihrer gewerkschaftlichen Einbindung im Arbeitskreis „Technischer Vollzugsdienst“ sowie von den Ar-



Das Schiffshebewerk in Nieder-Finow ist immer noch ein gutes Beispiel für beeindruckende deutsche Ingenieurskunst.

beitsfeldern, Zielsetzungen und der Organisation dieses **BSBD**-Gremiums. Sie stellten dabei heraus, dass dies eine Plattform für die Laufbahn des Werkdienstes sei, auf der neben der Interessenvertretung auch ein stetiger Meinungsaustausch und Informationsfluss zwischen den Werkdiensten der einzelnen Anstalten durch regelmäßige Treffen sichergestellt werde.

Die brandenburgischen Kollegen nahmen die Ausführungen der beiden Mitstreiter aus NRW zur Kenntnis. Sie beabsichtigen, nun auf ähnliche Weise ihren Interessen Ausdruck zu verleihen. Von NRW-Seite wurde dabei jede nur mögliche Unterstützung zugesichert. Was sich heute in Brandenburg vollzieht, kann sich morgen an anderer Stelle wiederholen wollen. Dem

gilt es mit vereinten Kräften und den besseren Argumenten so frühzeitig wie irgend möglich zu begegnen.

### Überraschungen und Höhepunkte

Bereits am 29. Mai, dem Tag der Ankunft der Teilnehmer aus NRW, hatten diese Gelegenheit, sich durch die Kollegen **Günter Krebs** und **Willi Köbke** – letzterer in seiner Eigenschaft als **BSBD**-Landesvorsitzender – die neu errichtete Jugendanstalt in Wriezen zu besichtigen. Mit besonderem Interesse nahmen die Gäste die Arbeits- und Ausbildungsbetriebe in Augenschein. Die harmonisch aufeinander abgestimmten Baukörper hinterließen bei den Besuchern aus NRW einen überaus positiven Eindruck. Zu den Problemen des Vollzugsalltags befragte Kolleginnen und Kollegen thematisierten positive wie auch negative Aspekte der Vollzugsarbeit vorbehaltlos und offen.

Anzumerken ist, dass die geschlossene Jugendanstalt Wriezen über eine optisch ebenfalls ansprechende offene Einrichtung verfügt, die etwa 150 m vom Haupteingang des „festen Hauses“ entfernt liegt. Damit, so sollte man meinen, seien alle Voraussetzungen für eine optimale Umsetzung des Erziehungsauftrages an jungen Straftätern vom Grundsatz her gewährleistet, zumal die Hauptanstalt nicht über und die offene Einrichtung nicht einmal zur Hälfte belegt war.

Um so überraschter waren die Gäste aus NRW, als sie erfuhren, dass die Jugendanstalt Wriezen obendrein noch einen nach baden-württembergischen Muster **teilprivatisierten Bereich** des Jugendvollzuges im etwa 30 km entfernten Dörfchen Liepe „bedient“. Hier wird in kirchlicher Trägerschaft für derzeit bis zu 12 „ausgeantwortete“ Gefangene eine Vollzugsgestaltung organisiert, wie sie auch im offenen Vollzug hätte realisiert werden können. Dem Vernehmen nach soll die Kapazi-



Rundgang durch die JVA Brandenburg. Von links: Jörg Winkens, Manfred Kühne, Wilhelm Bokermann, Burghard Neumann und Dieter Sturhahn.

tät in naher Zukunft noch verdoppelt werden. Angesichts der verfassungsrechtlich überaus problematischen Konstruktion dieser Privatisierungsmaßnahme erhebt sich die Frage nach deren Sinn. Der Kostengesichtspunkt, der oftmals für die Begründung neoliberaler Experimente herhalten muss, kann es in diesem Fall nicht sein, muss das Land Brandenburg für dieses Modellprojekt doch rd. 50 Prozent höhere Kosten im Vergleich zum regulären Strafvollzug akzeptieren. Selbstverständlich sind die teilnehmenden jungen Gefangenen „handverlesen“, schließlich handelt es sich um ein Projekt, das von vornherein „zum Erfolg verurteilt“ scheint. Zur Kompensation der zusätzlichen Kosten ist der Politik ein wirklich origineller Gedanke gekommen. So werden nahezu 20 Planstellen aus dem Bereich des Strafvollzuges gestrichen, um das Experiment zu finanzieren.

Noch am Ankunftsstage erfolgte – nach getaner Arbeit – eine Fahrt durch das landschaftlich reizvolle Oderbruch gemeinsam mit dem Wriezener Alt-Kollegen **Reinhold Lenz**. Seine Biographie „Der Lenz ist da – ein Vollzugsbeamter berichtet aus seinem Leben“ hat den Nerv vieler Kolleginnen und Kollegen aus dem Strafvollzug der vormaligen DDR getroffen. Auch eine beeindruckende Besichtigung des Schiffshebewerkes in Nieder-Finow stand auf dem Programm. Dem Kollegen **Günter Krebs** – und vielen ungenannten Kollegen – sei auch an dieser Stelle für die Organisation des gesamten Aufenthaltes herzlich gedankt.

Die 4 Nordrhein-Westfalen hatten auf der Rückfahrt Gelegenheit, auf Einladung des Kollegen **Burghard Neumann** die JVA Brandenburg zu besichtigen. Mit von der Partie war der Kollege **Manfred Kühne**, Vorsitzender des **BSBD** OV Brandenburg. In knapp 3 Stunden vermittelten sie einen

umfassenden, ungeschönten Eindruck der vormaligen preußischen Vorzeigeanstalt, in der so mancher (west)deutsche „Strafanstaltssupernumerar“ seine ersten vollzuglichen Schritte tat, um nach dem zweiten Weltkrieg z.B. in NRW Führungspositionen einzunehmen.

Vom Hochhaus, dem vormaligen Verwaltungsgebäude der zu Zeiten der DDR in der StVE Brandenburg angesiedelten volkseigenen Betriebe, konnten die Gäste aus NRW einen Überblick über das ca. 45

erst in einigen Jahren abgeschlossenen baulichen Sanierungsphase. Flankiert werden die baulichen Veränderungen durch eine grundlegende Reform der Organisationsstruktur. Nach diesem Erneuerungsprozess wird vieles anders sein. Die vier aus NRW waren sich einig in der Betrachtung, dass im Hinblick auf die föderale „Selbstbestimmung des Vollzuges“ der Blick über den Länderzaun eine ganz neue Qualität gewonnen hat. Mehr denn je sind die Angehörigen des Strafvollzuges



Innenansicht der JVA Brandenburg

Hektar große Anstaltsgelände gewinnen. Beeindruckend waren auch die Ausführungen der Kollegin **Johanna Schröder**, die den „Rand-Preußen“ in ihrem mit Hingabe geführten kleinen Gefängnis- und Museum Einblicke in den Alltag des DDR-Strafvollzuges gewährte. Die JVA Brandenburg steckt derzeit mitten in einer wohl

aufgefordert, untereinander wieder verstärkt Kontakt zu halten, wollen sie nicht Gefahr laufen, von ihren „Landesfürsten“ vereinnahmt und „über den Tisch gezogen“ zu werden. Der **BSBD** bietet sich als „Brückenbauer“ sowie Informations- und Diskussionsforum geradezu an.

## Nachruf

Voller Trauer und tief betroffen haben wir vom Tod unseres geschätzten Kollegen

### Oberwerkmeister Christian van Houdt

erfahren, der am 03. Februar 2007 plötzlich und unerwartet im Alter von nur 35 Jahren aus dem Leben gerissen wurde.

Christian van Houdt war seit 2001 im Werkdienst der Justizvollzugsanstalt Münster beschäftigt. Auf örtlicher Ebene und im **BSBD**-Arbeitskreis „Technischer Vollzugsdienst“ trat er für die Belange seiner Kolleginnen und Kollegen engagiert und kompetent ein.

Wir haben ihn als sehr freundlichen, offenen und hilfsbereiten Kollegen kennen gelernt. Wir verlieren mit ihm einen Mitstreiter in der gemeinsamen Gewerkschaftsarbeit, der sich stets mit Engagement, Nachdruck und vollem Einsatz für die spezifischen Interessen der Strafvollzugsbediensteten eingesetzt hat. Speziell der Laufbahn des Werkdienstes galt sein ausdrückliches gewerkschaftliches Eintreten.

Gemeinsam mit seinen Angehörigen trauern wir um einen lieben, einfühlsamen, verständnisvollen Menschen, der weit vor der Zeit von uns gegangen ist, dessen Tod uns verunsichert und nachdenklich zurücklässt.

Wir werden Christian van Houdt ein uns allzeit verpflichtendes Andenken bewahren.

Für den Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands  
Landesverband Nordrhein-Westfalen

Klaus Jäkel  
Vorsitzender

Jörg Winkens  
Vorsitzender Arbeitskreis „Technischer Vollzugsdienst“



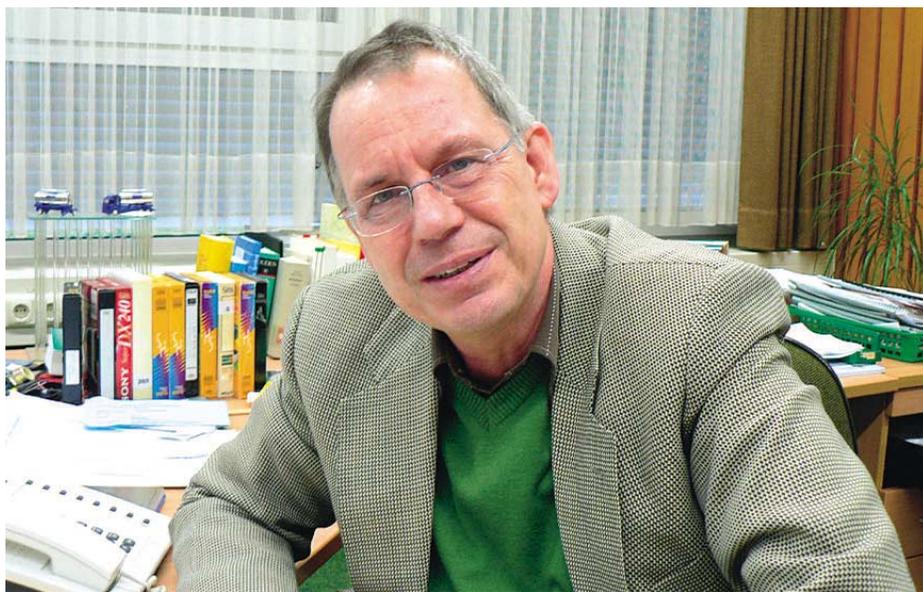
**JAV-Wahlen 2007:**

## Herausragender Erfolg der BSBD-Kandidatinnen und Kandidaten

**B**ei den Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen konnten die Kandidatinnen und Kandidaten des BSBD am 24. Mai 2007 auf Haupt-, Bezirks- und Ortsebene herausragende Erfolge erzielen. In vielen Vollzugseinrichtungen konnte der BSBD alle abgegebenen Stimmen erringen. In den meisten Vollzugseinrichtungen ist die gewerkschaftliche Konkurrenz von ver.di gar nicht mehr angetreten. In die Hauptjugend- und -auszubildendenvertretung sind mit Klaus Pallasch (JVA Duisburg-Hamborn) und Roger Wolff (JVA Siegburg) zwei Mandatsträger des BSBD eingezogen. Auf Bezirksebene erreichte der BSBD alle fünf zu vergebenden Sitze. „Die weitere Intensivierung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit und deren konsequente Ausrichtung auf die spezifische Interessenlage der Nachwuchskräfte des Vollzuges haben die Berufsanfänger/innen davon überzeugt, dass eine wirksame Vertretung der Belange der Berufsgruppenminderheit der Strafvollzugsbediensteten eine eigenständige Gewerkschaft erfordert. Unsere Bemühungen tragen damit die angestrebten Früchte“, kommentierte der stv. BSBD-Landesvorsitzende Theo Wieczorek (Wuppertal) das hervorragende Abschneiden der *Gewerkschaft Strafvollzug* bei diesem Urnengang.

Auf der Ebene des Landesjustizvollzugsamtes vertreten künftig **Michaela Schubert** (JVA Herford), **Andrea Gellert** (JVA Bochum), **Lars Machaczek** (JVA Bielefeld-Brackwede I), **Sven Schneider** (JVA Detmold) und **Klaus Pallasch** (JVA Duisburg-Hamborn) die Interessen der Nachwuchskräfte des Vollzuges. Mit **90,7 Prozent** der abgegebenen Stimmen konnten die Kandidatinnen und Kandidaten des **BSBD** ein wahrlich einmaliges Wahlergebnis erzielen. Zwischenzeitlich hat die konstituierende Sitzung dieses Mitbestimmungsgremiums stattgefunden. Zur Vorsitzenden wurde **Michaela Schubert** gewählt. Vertreten wird sie durch **Andrea Gellert** und **Sven Schneider**.

Wie schon in den Vorjahren, war der **BSBD** für die Wahlen zur Hauptjugend- und -auszubildendenvertretung ein **Wahlbündnis** mit den im Bereich der Justiz vertretenen **Partnergewerkschaften des Deutschen Beamtenbundes** eingegangen. Auf diese Liste entfielen 52,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. **Im Bereich des Strafvollzu-**



Theo Wieczorek, seit Jahren für die Nachwuchskräfte zuständig, konnte sich über ein herausragendes Wahlergebnis freuen.



Michaela Schubert, Vorsitzende der Bezirks-JAV

**ges entfielen auf die vom BSBD nominierten Kandidatinnen und Kandidaten 84,83 Prozent der abgegebenen Stimmen.** Drei von den zu vergebenden fünf Mandaten sind damit auf die Listenverbindung des *dbb beamtenbund und tarifunion* entfallen. Für den **BSBD** sind **Klaus Pallasch** (JVA Duisburg-Hamborn) und **Roger Wolff** (JVA Siegburg) in das Mitbestimmungsgremium eingezogen.

„Diese insgesamt herausragenden Abstimmungsergebnisse belegen einmal mehr, dass die Nachwuchskräfte des Vollzuges sehr schnell begriffen haben, dass der schwere Berufsalltag der Vollzugsbediensteten nur durch solidarisches Zusammenstehen erfolgreich bewältigt werden kann“, freute sich Landesvorsitzender **Klaus Jäkel** über das so überaus erfolgreiche Abschneiden der *Gewerkschaft Strafvollzug*. „Der **BSBD** und mit ihm die **BSBD**-Jugend bieten den Jugend- und Auszubildendenvertretungen jede nur mögliche Hilfe und Wegbegleitung an. Es gilt, vorrangig die Rahmenbedingungen, unter denen die Ausbildung im Vollzugs stattfindet, weiter zu verbessern und das Berufsbild – und damit das soziale Ansehen – der Strafvollzugsbediensteten in der Öffentlichkeit einer positiveren Bewertung zuzuführen.“



Klaus Pallasch

Ortsverband Bielefeld-Oberems

## Strukturwandel auch im Strafvollzug spürbar

**L**ebenslanges Lernen und die Umstellung auf immer neue Rahmenbedingungen und Strukturen sind kennzeichnend für die heutige Arbeitswelt. Auch der Strafvollzug ist verstärkt mit diesen Phänomenen und Prinzipien konfrontiert. Um über die neuesten Entwicklungen im Bereich des Vollzuges zu informieren, veranstaltete der Ortsverband im April 2007 ein Seminar mit dem Thema „Landesweite Umstrukturierungen im Strafvollzug“ in Paderborn.

Für die Präsentation der Seminarthemen standen kompetente Referenten zur Verfügung, die ihre Referate gekonnt und anschaulich vorstellten. Auf großes Interesse stießen die Redebeiträge des **BSBD**-Landesvorsitzenden **Klaus Jäkel**, der sich eingehend und erschöpfend mit den sich abzeichnenden Veränderungen im Strafvollzug befasste, und die auch für die Kolleginnen und Kollegen neue Herausforderungen bereit halten. Die meisten Neuerungen, so **Jäkel**, hätten ihren Ausgangspunkt zum einen in der politischen Absicht der Landesregierung, die Strukturen des öffentlichen Dienstes nachhaltig zu

besten Lösungen verkauft wurde, scheint bereits im Ansatz zu scheitern. Denn zwischenzeitlich favorisieren neun Bundesländer ein koordiniertes, synchronisiertes Vorgehen beim Jugendstrafvollzugsgesetz. Dies ist nach Einschätzung des **BSBD** die Perversion der Föderalismusreform. Wozu wollten die Länder die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug, wenn sie nach dem Zuständigkeitsübergang gleich wieder freiwillig auf diese Befugnis verzichten. Da stellt sich dem neutralen Beobachter die Frage: **Wäre es nicht klüger und effizienter gewesen, der Auffassung der Wissenschaft und der des BSBD zu folgen und auf dieses Experiment zu verzichten?**

Bereits vor dem schrecklichen Häftlingsmord in der JVA Siegburg hatte sich die Justizministerin des Landes Nordrhein-Westfalen, **Roswitha Müller-Piepenkötter**, den einsitzenden jungen Straftätern zugewandt und in einigen Einrichtungen des Erwachsenenvollzuges Abteilungen für Jungtäter einrichten lassen. Damit verfolgt sie die Zielsetzung, die personellen Ressourcen besonders in jenen Bereichen zu konzentrieren, in denen die größte Aussicht auf gesellschaftlichen Mehrwert besteht. Durch den Siegburger Gewaltexzess ist gerade diese Entwicklung enorm verstärkt worden. So machte **Klaus Jäkel** darauf aufmerksam, dass die Einstellungs-offensive des Ministeriums nur vor dem Hintergrund dieses schrecklichen Vorkommnisses denkbar gewesen sei. Der Tod eines Gefangenen, so der Gewerkschafter, habe den Vollzug in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt, wodurch die Bereitstellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln erst ermöglicht worden sei. „Es ist bedauerlich“, meinte der **BSBD**-Chef, „dass schnelles politisches Handeln für den Vollzug und eine Verbesserung der vollzuglichen Rahmenbedingungen immer nur dann gelingt, wenn der Vollzug wegen spektakulärer Vorkommnisse in den Fokus des öffentlichen Interesses geraten ist“.

### Strukturelle Besoldungsverbesserung zeichnet sich ab

Sinnvoller, so **Jäkel**, wäre es, vollzugliche Behandlungs- und Erziehungsmaßnahmen flächendeckend wissenschaftlich überprüfen zu lassen und den Vollzug sowohl personell als auch finanziell auf der Grundlage dann gesicherter Erkenntnisse sachangemessen auszustatten. Der Gewerkschafter machte darauf auf-

merksam, dass die in Gang gekommene Entwicklung auch Auswirkungen auf die JVA Bielefeld-Senne haben werde. So sei nunmehr angedacht, eine Außenstelle der JVA Bielefeld-Senne für die Realisierung eines **Jungtäterprojektes** vorzusehen. Für die Kolleginnen und Kollegen, die mit dieser neuerlichen Herausforderung konfrontiert würden, bedeute dies, sich durch zusätzliche Aus- und Fortbildung für diese Aufgaben zu qualifizieren. Das im Entwurf vorliegende Jugendstrafvollzugsgesetz NRW sehe deshalb für den Bereich des Jugendvollzuges eine Zusatzausbildung vor, um sich für diese Vollzugsform zu qualifizieren.

**Jäkel** forderte die Seminarteilnehmer gleichermaßen auf, sich verstärkt in die ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit einzubringen. „Der **BSBD** bietet die richtige Plattform, auf der die spezifischen Interessen von Berufsgruppenminderheiten wirkungsvoll vertreten werden können. Wir

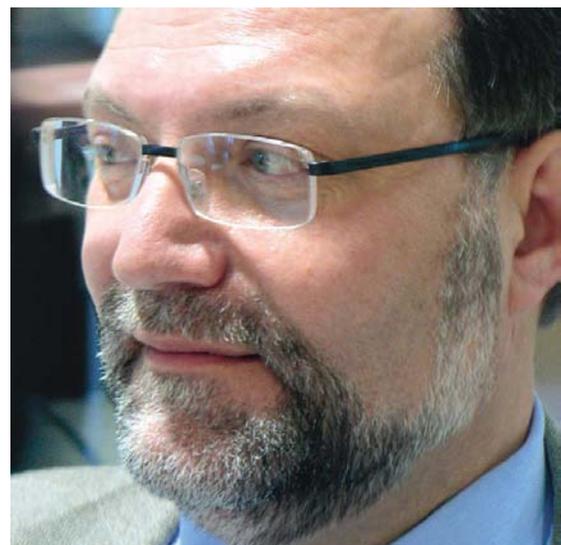


Landesvorsitzender Klaus Jäkel erläuterte die aktuellen gewerkschaftlichen Initiativen des BSBD.

verschlanken und zum anderen in dem Häftlingsmord in der Justizvollzugsanstalt Siegburg im November 2006.

### Bundesländer nutzen ihre Möglichkeiten nicht

Nachdem die Föderalismusreform den Bundesländern die Gesetzgebungskompetenz für den Bereich des Strafvollzuges beschert hat, sind diese durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Mai 2006 verpflichtet worden, den Bereich des Jugendstrafvollzuges bis zum Ende des Jahres 2007 gesetzlich zu regeln. Zwischenzeitlich zeichnet sich eine erstaunliche Entwicklung ab. Abgesehen von den großen Flächenländern wollen die restlichen Bundesländer die ihr zugewachsene Zuständigkeit gar nicht eigenständig nutzen. Was zunächst als Wettbewerb um die



Wolfgang Römer berichtete von seiner Arbeit als stv. DBB-Landesvorsitzender und erläuterte die beabsichtigten Einschnitte der Landesregierung in die personalvertretungsrechtlichen Mitbestimmungsrechte.

benötigen für diese Arbeit allerdings ein aktuelles fachliches Rüstzeug, um die Belange der Kolleginnen und Kollegen gegenüber der Administration auf gleicher Augenhöhe wahrnehmen zu können“. Die Bewegung, so der Gewerkschafter, die den Vollzug nach „Siegburg“ erfasst habe, lasse ihn optimistisch in die Zukunft blicken. Nach Jahren des Rückschritts und des Stillstandes zeichne sich jetzt der Einstieg in eine Sonderlaufbahn „Allgemeiner Vollzugsdienst und Werkdienst“ ab, die mittelfristig die Besoldungsgruppen von A 7 bis A 11 BBO umfassen sollen. „Wenn es uns gelingt, diese gewerkschaftliche Forderung politisch mehrheitsfähig zu machen, werden wir einen bahnbrechenden Erfolg erzielt haben!“, rief **Jäkel** unter dem Beifall der Seminarteilnehmer aus.

## Personaleinsatzmanagement und Landespersonalvertretungsrecht

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung erläuterte Stv. DBB-Landesvorsitzender **Wolfgang Römer** die Auswirkungen der durch die Politik angeordneten Verschlan- kung der öffentlichen Verwaltung auf die Beschäftigten. Um beim mit 12.000 Stellen bezifferten Personalabbau im öffent- lichen Dienst an Rhein und Ruhr schnell Fortschritte präsentieren zu können, habe das Finanzministerium das **Personalein- satzmanagement** (PEM) kreiert. Ziel sei es, nicht mehr benötigtes Personal in Be- reiche der öffentlichen Verwaltung mit Personalbedarf zu transferieren. Sollte dies gar nicht oder nur mit hohem Auf- wand möglich sein, sollen den beim Perso- naleinsatzmanagement gemeldeten Plan- stelleninhabern lukrative Angebote ge- macht werden, um in den vorzeitigen Ru- hestand zu gehen. Die Auflösung des Voll- zugsamtes sei beispielsweise solch eine strukturelle Entscheidung, die mit dem Personaleinsatzmanagement umgesetzt werden soll. Das PEM, so **Römer**, habe da- bei zu gewährleisten, dass ein zügiger Ab- bau überzähligen Personals erfolge.

Auch beim Personalvertretungsrecht zeichnen sich nach Einschätzung des Ge- werkschafters gravierende Einschnitte in die Mitbestimmung ab, gegen die **BSBD** und **DBB** gemeinsam protestiert und demon- striert haben. Angesichts der Mehr- heitsverhältnisse im Landtag müssten jetzt energische Anstrengungen unter- nommen werden, um das Schlimmste zu verhindern. Angesichts ihrer Reform- und Modernisierungsvorhaben, erläuterte **Rö- mer**, wolle sich die Landesregierung aus- genscheinlich bei der politischen Umset- zung ihrer Absichten nicht durch die Per- sonalvertretungen „in die Suppe spucken lassen“.

### Besuch des Nixdorf Museums

Ein besonderes „Highlight“ des Seminars war der Besuch des Nixdorf Museums. Un-



Die Seminarteilnehmer waren in der abschließenden Kritikrunde voll des Lobes über die informati- ve, lehrreiche Veranstaltung des Ortsverbandes.

ter fachkundiger Anleitung und Führung wurden die Veranstaltungsteilnehmer in die komplexe Welt der Informationstech- nik eingeführt. Auf einer Ausstellungsflä- che von 1000 qm werden ständig 100 Aus- stellungsobjekte präsentiert, wo denen 35 interaktiv gestaltet sind. Besonders beein- druckend war der Nachbau einer **Holle- rithmaschine**, wie sie erstmals zur Er- leichterung des Auszählverfahrens 1890 bei der elften Volkszählung der USA einge- setzt wurde.

Die Bedienung der Maschine war und ist nicht besonders schwierig. Die Lochkar- ten werden mit Hilfe des Pantographen- lochers gestanzt. Bei der Volkszählung 1890 wurden beispielsweise Angaben über Ge- schlecht, Alter, Beruf, Herkunft, Religion und Wohnort der Bürger entsprechend den Angaben auf dem Erfassungsbogen der Volkszähler auf den Karten erfasst.

Die codierten Karten werden auf die Kon- taktpresse gelegt, die zum Einlesen der

Daten dient. Beim Herunterdrücken des Hebels senken sich kleine Metallstifte auf die Karte.

Die Stifte stießen durch die Löcher in ein Quecksilberbad, das heute durch elektri- sche Kontakte ersetzt ist, und schließen damit einen Stromkreis, wodurch das zu- gehörige Zählwerk um eine Position wei- tergedreht wird. Die Karte wird anschlie- ßend in das entsprechende Fach der Sor- tiermaschine eingelegt, das sich automa- tisch öffnet. Mit Hilfe dieses Verfahrens war es möglich, die statistische Auswer- tung der Volkszählung 1890 innerhalb von vier Monaten abzuschließen; zuvor waren sieben Jahre notwendig gewesen. 43 Hol- lerithmaschinen werteten 62 Millionen Lochkarten aus.

Die Teilnehmer hatten auch die Gelegen- heit, die Sonderausstellung „Computer- .Medizin“ zu besuchen. Diese Ausstellung richtete sich sowohl an Vertreter des Ge- sundheitswesens als auch an interessierte Laien. Gezeigt wurde, was im Gesund- heitswesen durch den Einsatz der Infor- mationstechnik möglich ist. Anhand spek- takulärer Exponate wurden Nutzen und Grenzen des Technikeinsatzes ausgelotet. Es wird nur noch wenige Jahre dauern, dann wird man mit Hilfe von Robotern komplizierte Operationen durchführen können, ohne dass der Chirurg physisch anwesend sein muss.

Nach Beendigung der Seminarveranstal- tung zog Ortsverbandsvorsitzender **Thorsten Fohrmann** ein positives Fazit. „Durch die **BSBD**-Vertreter sind uns die aussichtsreichsten und nachhaltigsten gewerkschaftlichen Initiativen vorgestellt worden.

Nach Jahren, die nur demoralisierende Botschaften für die Beschäftigten des Voll- zuges bereit hielten, tut es gut, wenn sich für die Strafvollzugsbediensteten eine po- sitive Entwicklung abzeichnet. Dies macht Mut und wird die Motivation der Kollegin- nen und Kollegen nachhaltig stärken“.



Das Nixdorf Museum war eine Inspiration für alle Technik-Interessierte.

100 Jahre JVA Bielefeld-Senne:

## Gefangenearbeit als Erfolgsmodell für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region

**I**st es immer ein Grund für eine Feier, wenn eine Institution ihr 100-jähriges Bestehen begeht? Für die meisten der denkbaren Fallvarianten kann diese Frage durchaus bejaht werden. Gilt das aber auch für eine Vollzugseinrichtung? Institutionen dieser Art wurden lange Zeit als „Schmuddelkinder“ behandelt, von denen man sich tunlichst fernhält. Seither hat sich die Einstellung der Öffentlichkeit zum Strafvollzug jedoch generell positiv verändert. Sowohl seine Existenz als auch seine Wirksamkeit, die Gesellschaft zu schützen und Straftäter zu einer straffreien Lebensführung zu befähigen, wird kaum mehr in Zweifel gezogen. In ganz besonderer Weise gilt dies für die Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Senne, die mit ihren sechzehn Außenstellen im gesellschaftlichen Leben der Region verankert ist. Am 01. Juni 2007 kamen deshalb auch fast alle Geladenen, um in Anwesenheit von Justizstaatssekretär Jan Söffing die 100-Jahr-Feier der JVA Bielefeld-Senne feierlich zu begehen.

Rund 150 geladene Gäste sowie mehr als 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Senne wohnten dem Festakt bei. In seiner Begrüßungsansprache dankte Anstaltsleiter **Joachim Roth** den Gästen für zahlreiches Erscheinen und das damit zum Ausdruck gebrachte Interesse an der Institution Strafvollzug. In einem kurzen geschichtlichen Abriss stellte der Behördenleiter die JVA Bielefeld-Senne als eine Einrichtung vor, die sich aus kleinsten Anfängen zu bedeutender Größe entwickelt habe. Für die wirtschaftliche Entwicklung der Region sei die Gefangenearbeit von großer Bedeutung gewesen. Waren es zunächst Tätigkeiten bei der Bodenkultivierung und in der Landwirtschaft, die den Schwerpunkt des Arbeitseinsatzes der Gefangenen bildeten, so sind die derzeitigen Einsatzbereiche durch klassische Industriearbeit ge-

prägt. 1969 wies die Vollzugseinrichtung dreißig Außenstellen auf. Bereits ein Jahr später erfolgte die erste Schließung. Angestrebt wurden angemessene Unterbringungsmöglichkeiten für die Gefangenen, die deren Privatsphäre respektierten. Dieser Modernisierungsprozess wurde konsequent gestaltet. Kleine und unter personellen Gesichtspunkten wenig rentable Außenstellen wurden aufgegeben, während die Belegkapazitäten geeigneter Außenstellen erhöht wurden. Sukzessive sind die Außenstellen saniert worden. Die Infrastruktur der Anstalt befand sich damit zu fast jeder Zeit auf einem aktuellen Entwicklungsstand.

**Joachim Roth** erläuterte, dass die mehrfache Verlagerung der Zentralverwaltung gleichzeitig zu Namensänderungen geführt habe. So sei z. B. die Verwaltung 1981 von Bielefeld nach Gütersloh ge-



100 Jahre Strafvollzug in der JVA Bielefeld-Senne waren Anlass genug, das Vergangene zu reflektieren und die Chancen für die Zukunft zu wägen.

wechselt. Dieser Umzug sei erforderlich gewesen, weil sich damals abgezeichnet habe, dass die Gebäude der Bielefelder Haftanstalt für die Erweiterung des Justizentrums der Abrissbirne würden „geopfert“ werden müssen.

Diese letzte „Gütersloher Episode“ währte lediglich sieben Jahre von 1981 bis 1988, dann konnte die ehemalige Lungenheilstätte in Bielefeld-Senne bezogen werden. Auf die leer stehende Heilstätte war man 1986 aufmerksam geworden. Wegen ihrer idealen Lage griff das Land schnell zu, erwarb die Liegenschaft und investierte einen zweistelligen Millionenbetrag, um angemessene Unterbringungsverhältnisse für rund 200 Gefangene und funktionsgerechte Arbeitsplätze für die Beschäftigten der Zentralverwaltung zu schaffen.

Die besondere Bedeutung dieser Vollzugseinrichtung besteht nicht allein darin, dass sie ein adäquates Übungsfeld für Gefangene zur Verfügung stellt, die sachgerecht auf ihre Rückführung in die Gesellschaft vorbereitet werden sollen. Die Bedeutung der Anstalt rührt im Wesentlichen daher, dass allen Gefangenen angemessene Beschäftigungen angeboten werden können. Gerade in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit kann es nicht hoch genug bewertet werden, dass es der Anstalt trotzdem gelingt, faktisch die Vollbeschäftigung der untergebrachten Klientel zu gewährleisten.

Während andere Vollzugseinrichtungen sich über Beschäftigungsquoten von 60 Prozent freuen, setzt die JVA Bielefeld-Senne allen Ehrgeiz daran, keinen arbeitsfähigen Gefangenen untätig in den Unterkünften zu belassen. Besonders wegen ihrer dezentralen Struktur ist die Anstalt in diesem Bereich besonders erfolgreich. Weil die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Gefangenen für das Gelingen der Wiedereingliederungsbemühungen von unschätzbarem Wert ist, leistet die JVA Bielefeld-Senne in diesem Bereich Außerordentliches.

Die Strukturen, die sich in den zurückliegenden über 100 Jahren herausgebildet haben, waren nicht nur günstig für die Rehabilitation von Menschen, die gefehlt ha-



Zur Feier des Tages waren illustre Gäste angereist. Von links: Klaus Hübner, Präsident des Landesjustizvollzugsamtes Nordrhein-Westfalen, Joachim Roth, Leiter der JVA Bielefeld-Senne, Marianne Thomann-Stahl, Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Detmold und Jan Söffing, Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Justizministerium.



**BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel stellte fest, dass sich hinter dem guten Ruf einer Institution stets Arbeits- und Lebensleistungen von Menschen verbergen. Diese Menschen, die Kolleginnen und Kollegen, seien es, durch die die Integrationskraft der JVA Bielefeld-Senne erfahrbar werde.**

ben. Auch die wirtschaftliche Entwicklung der Region hat von der Gefangenenarbeit profitiert. So konnten Gefangenenarbeitskräfte wirkungsvoll eingesetzt werden, um Produktionsspitzen abzufedern, ohne gleich Neueinstellungen vornehmen zu müssen. Nachdem die Unternehmen bemerkten, dass die Gefangenen mit ihrer Arbeit einen oberhalb der Kosten angesiedelten Mehrwert bewirkten, wurden sie verstärkt in reguläre Produktionsabläufe eingebunden. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass mitunter die Nachfrage das Angebot an Gefangenenarbeitskräften übersteigt.

Zum Schluss seiner Ausführungen dankte Anstaltsleiter **Roth** allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement und ihren Einsatz. Dies sei Voraussetzung dafür gewesen, dass sich die JVA Bielefeld-



**Staatssekretär Jan Söffing betonte in seinem Festvortrag die besondere Bedeutung des offenen Vollzuges für die Wiedereingliederung von Straftätern.**

Senne mit ihren Außenstellen zu einer effizienten, modernen Einrichtung des offenen Vollzuges habe entwickeln können. „Wir können gemeinsam stolz darauf sein, dass die Einrichtung bei den Menschen in der Region den guten Ruf hat, den sie verdient“.

Den Festvortrag hielt Justizstaatssekretär **Jan Söffing**. Nicht ohne Genußnahme stellte er fest, dass Nordrhein-Westfalen beim offenen Vollzug bundesweit eine Vorreiterrolle einnehme. So seien 23 Prozent der verfügbaren Haftplätze den zehn Einrichtungen des offenen Vollzuges vorbehalten.

Diesen Spitzenplatz wolle man in Zukunft verteidigen, schließlich sei der Ausbau und die Förderung des Behandlungsvollzuges ein wesentliches Ziel der Landesregierung.

Um in diesem Punkt ja keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, betonte Staatssekretär **Söffing** ausdrücklich, dass Kompromisse zu Lasten der Sicherheit nicht eingegangen würden. „In den offenen Vollzug gelangen auch künftig nur solche Gefangene, die als ungefährlich eingeschätzt werden und denen wir zutrauen, dass sie mit den Freiräumen dieser Vollzugsform verantwortungsbewusst umgehen“, betonte **Söffing**.

Die JVA Bielefeld-Senne halte ein hervorragendes Behandlungsangebot vor, mit dem die Wiedereingliederung effektiv angestrebt werde. Hier stehe professionelle Hilfe für die Aufarbeitung der Probleme von Inhaftierten zur Verfügung. Für das realitätsnahe Erproben sozialen Handelns und der eigenen Steuerungsfähigkeit stelle der offene Vollzug nahezu optimale Rahmenbedingungen zur Verfügung.

Für die Stadt Bielefeld überbrachte Bürgermeister **Detlef Helling** die Glückwünsche zum Jubiläum. Gleichmaßen dankte er für die gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit. Die drei Vollzugseinrichtungen im Bielefelder Stadtbereich seien wichtige Kooperationspartner der Stadt.

Der Sprecher der Vermieter, **Karl Meise**, zeigte sich hoch erfreut über die hohe Beschäftigungsquote der Gefangenen. Die Zusammenarbeit mit der Anstalt bezeichnete er als komplikationslos. Auch die Zahlungsmoral jener Unternehmen, die Inhaftierte beschäftigten, sei entsprechend der ostwestfälischen Mentalität nicht zu beanstanden. Wenn sich diese Entwicklung in der Zukunft fortführen lasse, dann könnten die Vermieter zufrieden sein.

**Marianne Lang**, Vorsitzende des Anstaltsbeirats, berichtete in ihrem Grußwort von

der Arbeit der Beiratsmitglieder in der Hauptanstalt und den Außenstellen. Sie betonte, dass sie sich diesbezüglich als Bindeglied zwischen den Bediensteten und den Gefangenen verstehen. Die Arbeit gestalte sich bislang komplikationsfrei. Dass auch Landtagsabgeordnete dem Beirat angehören, begrüßte die Vorsitzende, indem sie darauf verwies, dass Mängel und Missstände, die sich der Bewältigung und Beseitigung vor Ort entzögen, auf diese Weise unmittelbar an das Parlament heran getragen werden könnten.

**Klaus Jäkel**, Vorsitzender des örtlichen Personalrats, hob in seinem Grußwort zunächst die hervorragende Arbeit der Bediensteten der JVA Bielefeld-Senne hervor, die einen wahrlich schweren Dienst verrichteten. Ihnen sei es zu verdanken, dass sich die Einrichtung so prächtig entwickelt habe. Mit einer Kapazität von annähernd 1.400 Haftplätzen sei Bielefeld-Senne die größte offene Vollzugseinrichtung Europas. 130.000 Lockerungen innerhalb eines Jahres machten erkennbar, welch hoher administrativer Aufwand betrieben werde, um Entscheidungsfehler zu minimieren. Eine relativ geringe Versagensquote sei Beleg für die akribische Prüfung jedes einzelnen Antrages.

Neben den Kolleginnen und Kollegen hätten die Anstaltsleiter, so **Jäkel**, die Entwicklung der Anstalt maßgeblich geprägt. Zu nennen sei vorrangig **Ferdinand Berendes**, der die Anstalt vollständig umgestaltet habe. Unter seiner Ägide seien die Außenstellen modernisiert und ein offener Vollzug gestaltet worden, der sich im Vergleich mit anderen offenen Einrichtungen sehen lassen könne. Zum Schluss seiner Ausführungen gratulierte **Klaus Jäkel** Justizstaatssekretär **Jan Söffing** unter Übergabe eines Präsentes zu dessen Geburtstag.

Den Festakt beschloss Anstaltsleiter **Jochim Roth** mit der Einladung der Gäste zu einem Stehempfang, zu dem seitens der Küche der Anstalt kulinarische Spezialitäten aus der Region serviert wurden.

## Heute schon gelacht?

### Was noch fehlt

Ein Student hat sich das Bein gebrochen und erscheint deshalb zwei Monate nicht zu den Vorlesungen. Als er wieder kommt, fragt ihn der Professor: „Wie geht es Ihnen?“ Der Student antwortet: „Gut, ich laufe besser als je zuvor.“ Darauf der Professor: „Also, alles was Ihnen jetzt noch fehlt, ist ein anständiger Schädelbruch.“

Besuchen Sie uns im Internet

[www.bsbd-nrw.de](http://www.bsbd-nrw.de)

Redaktionschluss

für die nächste Ausgabe

15. September

## Strafvollzugsgewerkschaften kooperieren auf europäischer Ebene

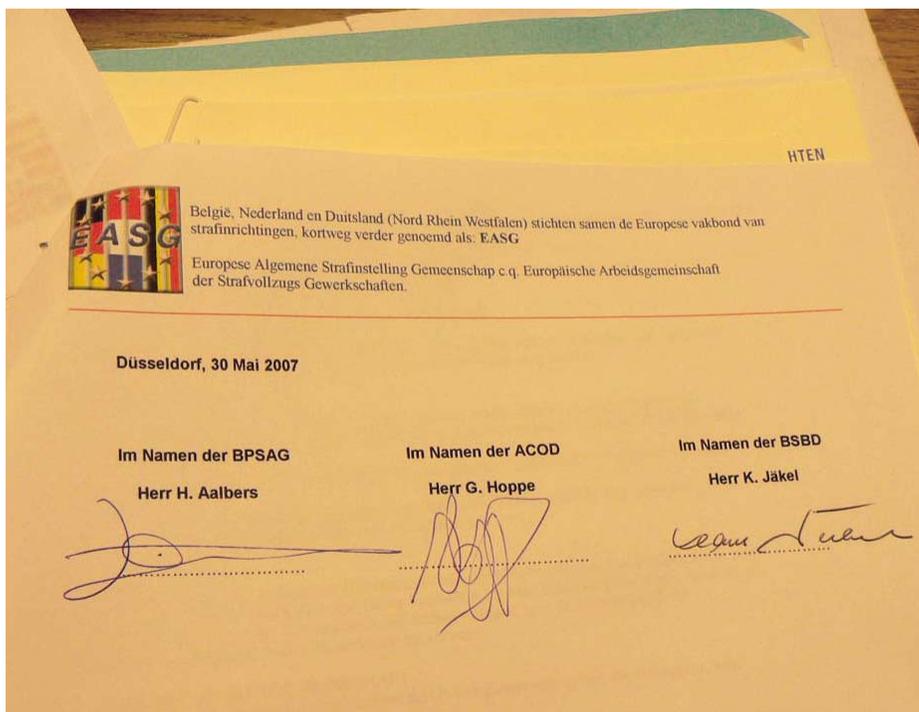
**A**lle wesentlichen Lebensbereiche werden zunehmend durch die europäischen Institutionen bestimmt. Die nationalen Parlamente setzen in mehr als 60 Prozent aller Gesetzgebungsinitiativen in nationales Recht um, was die europäische Kommission in Brüssel entwickelt hat. Allein das Vollzugsrecht hinkt in Deutschland hinter der Entwicklung her. Hier ist – entgegen dem Rat aller Experten – im Zuge der Föderalismusreform gerade die Rückkehr zur Kleinstaaterei vollzogen worden. Doch auch dieser „deutsche Fehltritt“ wird die Harmonisierung des Vollzugsrechts auf europäischer Ebene nicht nachhaltig aufhalten können. Wenn das Recht maßgeblich in Brüssel gestaltet wird, dann ergibt sich die Notwendigkeit, diese Rechtsetzungsprozesse begleiten und beeinflussen zu können. Der Landesverband hat deshalb zunächst mit niederländischen und belgischen Brudergewerkschaften einen für den Beitritt offenen Kooperationsvertrag geschlossen, der die Keimzelle für eine gemeinschaftliche Vertretung der Interessen der Strafvollzugsbediensteten auf europäischer Ebene bilden soll.

Am 30. Mai 2007 trafen sich die Vorsitzenden der drei Vertrag schließenden Parteien, um die zwischenzeitlich in einer Endfassung vorliegende Kooperationsvereinbarung zu unterzeichnen. Bei den Kooperationspartnern handelt es sich um die belgische „**Algemene Centrale der Openbare Diensten (ACOD)**“, um die niederländische „**Bond van Personeel van Straf- en aanverwante Gestichten (BPSAG)**“ und dem „**Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD)**“. Gemeinsam bilden Sie die „**Europäische Arbeitsgemeinschaft der Strafvollzugsgewerkschaften (EASG)**“. Die angestrebte Zusammenarbeit soll sich nach dem Willen der Vertragspartner zunächst auf die Arbeitsbedingungen der Strafvollzugsbediensteten, die Schaffung einer Einflussebene auf europäischer Ebene, die Verhinderung von Privatisierungen im Bereich des Strafvollzuges der Mitgliedsländer sowie auf die Qualität und Dauer der beruflichen Ausbildung erstrecken.

Bereits bei diesen wenigen Arbeitsschwerpunkten, die die Vertragspartner vereinbart haben, gibt es gravierende Unterschiede. In Deutschland verfügen die Strafvollzugsbediensteten über die inten-



Die Gewerkschaftsvorsitzenden bei der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung. Im Bild von links: Gino Hoppe, Allgemeine Centrale der Openbare Diensten (ACOD), Belgien, Klaus Jäkel, BSBD NRW, und Henk Aalbers, Bond van Personeel van Straf- en aanverwante Gestichten (bpsag), Niederlande.



„Es ist vollbracht.“ Die Vertragspartner haben sich zu einer mehrjährigen Zusammenarbeit zur Vertretung der Interessen der Strafvollzugsbediensteten auf europäischer Ebene verpflichtet.

sivste Vorbereitung auf die Arbeit mit Straftätern. In den Niederlanden wird eine zweimonatige Grundausbildung mit praktischen und theoretischen Elementen angeboten, während Belgien die Ausbildung gerade auf drei Monate ausgedehnt hat. Die Vertragspartner sind sich einig in der Einschätzung, dass sowohl in Belgien als auch in den Niederlanden ein erheblicher Nachholbedarf zur Verbesserung der Ausbildungsstandards besteht. Sie sind sich weiter darin einig, dass der Ausbildung eine ausschlaggebende Bedeutung zukommt. Gerade in diesem Bereich haben die Vertragspartner dringenden Handlungsbedarf festgestellt, weil gleiche Arbeitsbedingungen nur dann mit hinreichender Aussicht auf Erfolg politisch durchsetzbar erscheinen, wenn die Strafvollzugsbediensteten in allen drei Ländern unter Einhaltung vergleichbarer Standards auf ihren Beruf vorbereitet werden. Die Vertragspartner stimmten darin überein, dass schnelle gewerkschaftliche Erfolge voraussichtlich nicht erzielt werden können, es zur gemeinsamen Vertretung der Interessen der Strafvollzugsbediensteten auf europäischer Ebene allerdings keine realistische Alternative gibt. Nicht gerade kompatibel ist auch das Ar-



**Henk Aalbers (bpsag) hatte gute Vorarbeit geleistet und den Kooperationsvertrag auf der Grundlage der im Januar 2007 vorgenommenen Abstimmungen dreisprachig in Entwurfsfassungen vorbereitet.**

beitsrecht. Während Deutschland aufgrund des grundgesetzlichen Funktionsvorbehaltes überwiegend Beamte mit der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben betraut, gelten die Kolleginnen und Kollegen aus Belgien und den Niederlanden als Arbeitnehmer.

Zur Durchsetzung ihrer spezifischen Belange steht ihnen grundsätzlich das Streikrecht zur Verfügung. Während in Belgien zur Durchsetzung fast aller Interessen gestreikt werden kann, sind die Regelungen in den Niederlanden deutlich restriktiver. Hier gilt das Streikrecht als allerletztes Mittel zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen. Die Rechtmäßigkeit eines Streiks wird durch das Gericht in Auslegung von Artikel 6 der Europäischen Sozialcharta entschieden.

Nach dieser Einigung auf eine Zusammenarbeit in wichtigen gewerkschaftlichen Handlungsfeldern hat es der **BSBD** übernommen, die Arbeitsgemeinschaft auf europäischer Ebene bei Parlament und Kommission vorzustellen und bekannt zu machen.



**Klaus Jäkel (BSBD): „Zusammenarbeit auf europäischer Ebene ist unverzichtbar, wenn mittelfristig die Vollzugsstandards vereinheitlicht werden sollen.“**

## Kanadier wegen Trunkenheit im Rollstuhl verurteilt

Wegen Trunkenheit im Rollstuhl ist ein Kanadier zu einer Geldbuße verurteilt worden.

Der 35-jährige Patrick Shanahan fiel Polizisten auf, als er mit seinem Elektro-Stuhl auf dem Heimweg von einem Pub in einem Vorort von Toronto Schlangenlinie fuhr, wie ein Polizeisprecher am Donnerstag bestätigte. Der bekennende Alkoholiker sagte laut einer kanadischen Nachrichtenagentur: „Ich brauche keinen Führerschein, keine Versicherung und keine Nummernschilder, um mit meinem Rollstuhl zu fahren. Wie kann man mir also Trunkenheit am Steuer vorwerfen?“



**Rollstuhlfahrer müssen auch mit Verkehrskontrollen der Polizei rechnen.**

## Beweise für illegale CIA-Gefängnisse in Europa?

Nach dem Abschlußbericht des CIA-Berichterstatters des Europarats, **Dick Marty**, ist er nach eigenen Angaben auf zahlreiche Belege gestoßen, die die Existenz illegaler Gefängnisse des US-Auslandsgeheimdienstes zur Inhaftierung von Terrorverdächtigen in Europa bestätigen. „Wir haben zahlreiche Indizien und Beweise zusammen getragen und sind zu der festen Überzeugung gelangt, dass gesetzeswidrige Gefängnisse in Ländern wie Polen tatsächlich existieren“, sagte **Marty** der Pariser Zeitung „Le Figaro“.

In einem ersten Bericht vor einem Jahr hatte der Schweizer Jurist auch Hinweise darauf gesehen, dass Rumänien Geheimgefängnisse geduldet habe. Ziel der



**Der Schweizer Jurist Dick Marty.**

„von den rechtlichen Zwängen befreien“ wollen, die das US-Gesetz auferlege. Europäische Länder quasi als „Sub-Unter-

CIA sei es nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 gewesen, „den Anti-Terror-Kampf aus den USA zu exportieren“, sagte **Marty**. Damit habe sich der Geheimdienst

„nehmer“ für die Inhaftierung von Terrorverdächtigen zu benutzen, zeuge „von mangelnder Achtung gegenüber den europäischen Partnern“, sagte **Marty**. Die USA hätten „einen Krieg gegen den Terrorismus ohne Regeln initiieren“ wollen, erklärte **Marty**. Die in Europa gefangenen mutmaßlichen Terroristen seien dann oft in „Schurkenstaaten“ wie Syrien gebracht und dort gefoltert worden. Damit seien sie „noch gefährlicher geworden, weil sie damit in bestimmten Kreisen von einer Sympathiebewegung profitierten“, sagte der Europarats-Ermittler. „Der Fehler war, sie nicht als das zu behandeln, was sie sind: kriminelle Gruppen, die durch die Anwendung des passenden Rechts verfolgt werden.“

Frühjahrssitzung des BSBD-Hauptvorstandes:

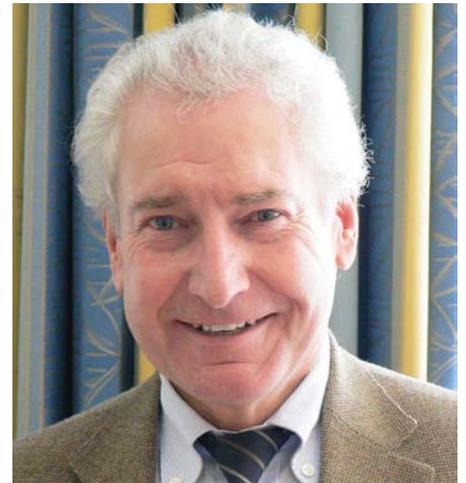
## **BSBD fordert Aufgaben angemessene Personalausstattung und Verbesserung der Besoldungsstrukturen**

**D**er Strafvollzug ist ein überaus komplexes Gebilde, dass auf die Veränderung politischer Vorgaben äußerst sensibel reagiert. Solch feinfühligere Reaktionen können derzeit in den Vollzugseinrichtungen des Landes beobachtet werden. In der Zeit nach dem Siegburger Häftlingsmord wird hinsichtlich der Gewalt im Jugendvollzug eine Null-Toleranz-Linie gefahren. Betreuung, Beschäftigung, therapeutische Interventionen und Freizeitgestaltung werden intensiviert, um keine Freiräume für subkulturelle Entartungen zu lassen. Anlässlich der Sitzung des BSBD-Hauptvorstandes am 11. Mai 2007 waren die Auswirkungen dieser Entwicklung bestimmende Themen. Daneben standen die Weiterentwicklung der Besoldungsstrukturen und die gesetzliche Regelung des Jugendstrafvollzuges im Zentrum der Beratungen.

„Durch den schrecklichen Mord an einem jungen Gefangenen in der JVA Siegburg ist auch für die Politik offenkundig geworden, wovor der **BSBD** seit Jahren gewarnt hat: Strafvollzug kann nicht nach Kassenlage organisiert werden“, beschrieb **Jäkel** die aktuelle Entwicklung. Er erinnerte daran, dass der Strafvollzug während der Zeit der rot-grünen Koalition massiv darunter zu leiden hatte, dass die Haushaltspolitik losgelöst von jeglicher Bedarfsermittlung nach der Rasenmähermethode sparte. Diese Sparwut, so **Jäkel**, habe die Kosten für den Strafvollzug zwar begrenzt, die inhaltliche Arbeit mit Straftätern allerdings schwer belastet. „Unter den Versäumnissen dieser Zeit werden wir noch geraume Zeit zu leiden haben. Die neue Landesregierung ist daher gut beraten, den nun eingeschlagenen Weg konsequent fortzuführen. Auch im kommenden Jahr benötigt der Strafvollzug neues Personal, um seine gesetzlichen Aufgaben effektiv wahrnehmen zu können“, mahnte der **BSBD**-Chef. Die **BSBD**-Delegierten forderten die Politik zudem dazu auf, mit dem Haushalt 2008 den sich aus dem Jugendstrafvollzugsgesetz, das sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindet, ergebenden Personalbedarf zu befriedigen. Die Ausweitung von

Haftplatzkapazitäten müsste ebenfalls zur Einstellung des erforderlichen Personals führen. Neue Einrichtungen dürften keinesfalls ans Netz gehen, wenn das notwendige Personal nicht verfügbar sei.

**BSBD**-Landesvorsitzender **Klaus Jäkel** berichtete anschließend darüber, dass in den Kampf des **BSBD** um **ausgewogene Besoldungsstrukturen** langsam wieder Bewegung zu spüren sei. Noch für das laufende Haushaltsjahr habe die Politik signalisiert, die Besoldungsgruppe A 11 BBO für bestimmte **Spitzenfunktionen der Laufbahnen des allgemeinen Vollzugs- und des Werkdienstes** öffnen zu wollen. Für das kommende Haushaltsjahr werde dann die Überleitung von aus Besoldungsgruppe A 9 plus Zulage entlohnten Spitzenfunktion in den gehobenen Dienst angestrebt. „Wir vertrauen insoweit auf die Zusagen der Politik. Die Chancen stehen recht gut, dass wir dieses Vorhaben über die Klippen der Haushaltsberatungen bringen“, erläuterte der Gewerkschafter den Stand der Verhandlungen nicht ohne Stolz. Ein überaus neuralgisches Thema sei jedoch die **Novellierung des Personalvertretungsgesetzes**, die auf große Ablehnung der Gewerkschaften stoße. Die Gesetzesinitiative vermittele den Eindruck,



An die Landesregierung richtete **BSBD**-Chef den Appell, endlich die zugesagten Einmalzahlungen auf den Weg zu bringen. „Die Strafvollzugsbediensteten üben zugunsten des Landeshaushaltes seit Jahren Abstinenz bei der Einkommensanpassung. Nachdem die Steuern wieder kräftiger sprudeln, muss auch in diesem Bereich der Fuß von der Spurbremse genommen werden“.

als sei die Landesregierung vorrangig darauf bedacht, alle möglichen Risiken für die eigene Reformpolitik von vornherein zu eliminieren. Nach Auffassung des **BSBD**-Vorsitzenden unterliege die Landesregierung in diesem Punkt einer Fehleinschätzung. „Um die Verwaltung des Landes zu reformieren, bedarf es nicht der Einschränkung des Mitbestimmungsrechts, sondern einer Mitnahme und umfassenden Einbindung der Kolleginnen und Kollegen“, rief **Jäkel** unter dem Beifall der Delegierten aus. Problematisch seien auch die Einschränkungen bei den Freistellungen. Es könne nicht sein, dass in Dienststellen mit unter 300 Beschäftigten die Freistellung lediglich 12 Wochenstunden betragen solle. Ein Interessenausgleich auf Augenhöhe sei so nicht zu gewährleisten. „Mit dieser Gesetzesinitiative wird die Personalratsarbeit in den Dienststellen des Landes faktisch liquidiert, weil sich künftig kaum noch jemand bereit finden wird, sich für solche Aufgaben zur Verfügung zu stellen“, kritisierte **Jäkel**. Gleichzeitig forderte er die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf in wesentlichen Punkten zu überarbeiten und zu modifizieren. „**Mündige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben einen Anspruch darauf, dass sie bei wichtigen Entscheidungen gehört und beteiligt werden. Die Abschaffung vieler Beteiligungsrechte beschädigt die vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Behördenleitungen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern**“, rief der Gewerkschafter die Landesregierung zum Überdenken ihrer Position auf.



Die beiden **BSBD**-Ehrevorsitzenden (von links) Hans W. Schmidt (Hamm) und Wilhelm Bokermann (Stukenbrock) befruchteten die Diskussionen mit profundem Fachwissen.